

Beschlußempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kreile, Dr. Häfele, Dr. Schäuble
und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 8/3345 —

Durchführung des Umsatzsteuergesetzes 1979

A. Problem

Infolge wiederholter Anrufung des Vermittlungsausschusses konnte die umfangreiche Umsatzsteuernovelle (als Umsatzsteuergesetz 1980) nicht, wie ursprünglich zur möglichst reibungslosen Umstellung in den Betrieben beabsichtigt, zur Jahresmitte, sondern erst Ende November 1979 verkündet werden.

B. Lösung

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung gebeten, wegen der Übergangsschwierigkeiten von der Möglichkeit der Stundung und des Erlasses großzügig Gebrauch zu machen. Der Antrag wurde im Ausschuß für erledigt erklärt, nachdem die Bundesregierung eine situationsgerechte Handhabung der Gesetze zugesagt hat.

Ohne Gegenstimmen

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 8/3345 — für erledigt zu erklären.

Bonn, den 27. Februar 1980

Der Finanzausschuß**Frau Matthäus-Maier**

Vorsitzende

Kühbacher

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Kühbacher

Der Antrag der Opposition — Drucksache 8/3345 — wurde in der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 1980 an den Finanzausschuß federführend und an den Haushaltsausschuß mitberatend überwiesen. Der Finanzausschuß hat über die Vorlage am 29. November 1979 und am 23. Januar 1980 beraten. Der Haushaltsausschuß hat sich der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses angeschlossen.

Der Vertreter der Bundesregierung hat im Hinblick auf den Antrag der CDU/CSU folgende Erklärung abgegeben:

„Die Bundesregierung wird im Zusammenwirken mit den Ländern bei der Durchführung des Umsatzsteuergesetzes 1980 Rücksicht auf die Übergangsschwierigkeiten nehmen, die durch die kurze Zeitspanne zwischen Verkündung und Inkrafttreten des Gesetzes entstehen können. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten wird die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Ländern von den Möglichkeiten für Billigkeitsmaßnahmen — insbesondere in der Anfangszeit großzügig — Gebrauch machen.“

Danach hat der Ausschuß den Antrag bei zwei Stimmenthaltungen für erledigt erklärt.

Bonn, den 27. Februar 1980

Kühbacher

Berichterstatter